

## Kurzberichte

### Der Bundesvoranschlag 1960

Der Bundesvoranschlag 1960 sieht Gesamtausgaben von 42.268 Mill. S vor, davon 41.068 Mill. S im ordentlichen und 1.200 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Die laufenden Einnahmen werden auf 41.158 Mill. S geschätzt.

Im ordentlichen Budget ist somit ein Überschuß von 90 Mill. S veranschlagt, im Gesamtbudget hingegen ein Gebarungsabgang von 1.110 Mill. Schilling. Es wird erwartet, daß dieses im Vergleich zu den Vorjahren geringe Defizit ohne weitere Schuldenaufnahme, d. h. im wesentlichen durch eventuelle Mehreinnahmen und Einsparungen gedeckt werden kann. Die Ermächtigung des Finanzministers zu Kreditoperationen für Investitionsanfordernisse wurde von 4 Mrd. S auf 3 Mrd. S herabgesetzt.

#### Vergleich der Bundesvoranschläge 1959 und 1960

	1959	1960	Differenz
	Mill. S		
Ordentliche Gebarung			
Ausgaben	37.458	41.068	+ 3.610
Einnahmen	36.467	41.158	+ 4.691
Überschuß (Abgang)	- 991	+ 90	+ 1.081
Außerordentliche Gebarung	2.969	1.200	- 1.769
Gesamtgebarungsabgang	3.960	1.110	- 2.850

#### Mehrausgaben für Personalaufwand und Staatsvertragslasten, beträchtliche Einschränkung der Investitionen und des Verteidigungsbudgets

Die für 1960 veranschlagten Gesamtausgaben von 42,3 Mrd. S sind um 1,8 Mrd. S oder 4 1/2% höher als im Voranschlag 1959. Da der vorgesehene Ausgabenrahmen für 1959 voraussichtlich leicht überschritten werden wird, ist die echte Budgetausweitung im Jahre 1960 eher noch geringer.

Im Vergleich zum Voranschlag 1959 sind die größten Mehraufwendungen für *konsumtive Ausgaben* vorgesehen (Personalaufwand, Renten, Schuldendienst und Staatsvertrag). Dagegen wurden das *Investitionsbudget*, aber auch der Sachaufwand der Landesverteidigung, empfindlich eingeschränkt.

Der *Personalaufwand* wird wegen des erstmals budgetär berücksichtigten 14. Monatsbezuges der Bundesangestellten mit fast 16,0 Mrd. S um 1,335 Mill. S (9%) höher ausgewiesen als im Vorjahr.

Davon entfallen 10,8 Mrd. S auf Aktivbezüge und 5,2 Mrd. S auf Pensionen. Tatsächlich wird der Mehraufwand jedoch nur etwa 1,0 Mrd. S (7%) betragen, da ein Viertel eines zusätzlichen Monatsbezuges noch im Dezember 1959 ausbezahlt wird. Der Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget liegt mit 38% wieder etwas höher als in den letzten beiden Jahren (36% und 37%).

#### Struktur der Bundesaussgaben

	Bundesvoranschlag 1959	Bundesvoranschlag 1960	Differenz
	Mill. S		
Löhne und Gehälter	9.777	10.771	+ 994
Pensionen	4.847	5.188	+ 341
Renten, Unterstützungen, Beihilfen <sup>1)</sup>	6.382	6.698	+ 316
Preisstützungen	1.229 <sup>2)</sup>	1.576	+ 347
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1.621	1.390	- 231
Schuldendienst (einschl. ERP-Abfuhr)	1.967	2.118	+ 151
Staatsvertrag	1.501	1.841	+ 340
Instandhaltung	914	1.129	+ 215
Brutto-Investitionen	3.865	2.881	- 984
Investitionszuschüsse Investitionsdarlehen	1.379	1.024	- 355
Sonstiger Sachaufwand <sup>3)</sup> (Restpost)	6.945	7.652	+ 707
	40.427	42.268	+ 1.841

<sup>1)</sup> Einschl. Bundeszuschuß zur Sozialversicherung. — <sup>2)</sup> Weitere 411 Mill. S waren nicht veranschlagt; sie wurden außerbudgetär vorfinanziert. — <sup>3)</sup> Einschl. Zwischenzahlungen und internen Verrechnungsposten.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* ist mit 6,7 Mrd. S um 5% höher als im Vorjahr. Der Mehraufwand entfällt überwiegend auf den stark erhöhten Bundeszuschuß zur Sozialversicherung (+ 265 Mill. S). Mäßigen Mehrausgaben an Kinder- und Familienbeihilfen (+ 118 Mill. S) stehen Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung gegenüber (- 41 Mill. S).

Für *Preisstützungen* sind 1,6 Mrd. S vorgesehen, formell um 347 Mill. S mehr als im Jahre 1959. Tatsächlich wurden die Subventionen jedoch um 64 Mill. S gekürzt, da im Vorjahr (1959) zusätzliche Brotgetreidepreisstützungen von 411 Mill. S außerbudgetär vorfinanziert wurden.

Trotz den schon bisher unzureichenden Ansätzen für die *Landesverteidigung* wurde das Militärbudget um 167 Mill. S auf 1,9 Mrd. S gekürzt. Der Anteil der Wehrausgaben am Sozialprodukt sinkt dadurch auf 1,3%, das niedrigste Niveau seit 1956.

Die *Staatsschuld* erfordert für Tilgung und Verzinsung 2 1 Mrd. S, um 151 Mill. S mehr als im Vorjahr.

Die Verpflichtungen aus dem *Staatsvertrag* steigen um 340 Mill. S auf mehr als 1 8 Mrd. S. Vom Mehraufwand entfallen 140 Mill. S auf Zahlungen gemäß Kriegs- und Verfolgungssachschadengesetz und 155 Mill. S auf Bereinigungsmaßnahmen (Wiener Memorandum, Kirchen, politisch Verfolgte).

Das *Investitionsbudget* des Bundes (im weiteren Sinne) ist mit 5 0 Mrd. S um 1 124 Mill. S (— 18%) geringer dotiert als im Voranschlag 1959. Die Budgetsanierung geht damit fast ausschließlich zu Lasten der wertvermehrenden Ausgaben.

Vom Investitions-Gesamtaufwand entfallen 1 1 Mrd. S auf Instandhaltung (+ 0 2 Mrd. S), 2 9 Mrd. S auf Brutto-Investitionen (— 1 0 Mrd. S) der Hoheitsverwaltung (hauptsächlich Straßen- und Hochbauten) und der Bundesbetriebe und 1 0 Mrd. Schilling (— 0 3 Mrd. S) auf investitionsfördernde Darlehen und Zuschüsse (vor allem an die Wohnbaufonds<sup>1)</sup>).

Die drastische Kürzung des Investitionsbudgets verfolgt konjunkturpolitische Zwecke. Sie soll einerseits den Budgetausgleich sicherstellen und andererseits die erwartete gesamtwirtschaftliche Übernachfrage nach Arbeitskräften und Investitionsgütern wenigstens teilweise dämpfen. Die Einschränkung wird allerdings sehr selektiv vorgenommen und konzentriert sich auf die Investitionen von Bahn und Post und nur wenig auf die baulichen Investitionen der Hoheitsverwaltung (vor allem Straßen). Dadurch entsteht die Gefahr, daß die maschinellen Investitionen (Bahn und Post) partiell zu stark eingeschränkt werden und der gesamte Bau-sektor dennoch überbeansprucht bleibt. Gerade im Straßenbau wird die antizyklische Investitionspolitik durch die Zweckgebundenheit der Mittel (Mineralölsteuer) besonders erschwert.

Die Zunahme des *übrigen Sachaufwandes* um 707 Mill. S ist großteils unecht (Erhöhung zweier interner Durchlaufposten, + 341 Mill. S). Der Rest entfällt auf zusätzliche Betriebsausgaben der Bundesbetriebe und auf verschiedene Ressortausgaben.

#### Realistische Einnahmeschätzung

Die laufenden Einnahmen werden für 1960 mit 4 1 2 Mrd. S um 4 7 Mrd. S oder 13% höher veranschlagt als jene für 1959. Da aber der Ansatz für

<sup>1)</sup> Die Gebarung der Wohnbaufonds selbst ist nicht im Bundesbudget enthalten

1959 aller Voraussicht nach von den wirklichen Einnahmen um etwa 1 bis 1 5 Mrd. S überschritten werden dürfte, rechnet der Voranschlag 1960 tatsächlich nur mit einer Einnahmensteigerung von 8 bis 10%. Auch eine solche Schätzung wäre eher noch zu optimistisch, wenn ihr unveränderte Steuer- und Tarifsätze zugrunde lägen, weil das Sozialprodukt kaum im gleichen Maße zunehmen wird. Tatsächlich sind aber im Voranschlag Bahn- und Posttariferhöhungen vorgesehen, die allein schon die Einnahmensumme um rund 2% erhöhen werden. Dies berücksichtigt, wird daher eine echte Zuwachsrate der Gesamteinnahmen von nur 6 bis 8% unterstellt. Eine solche Annahme erscheint realistisch, da von 1958 auf 1959 etwa die gleiche Zuwachsrate erreicht werden wird.

Die Brutto-Erträge an *öffentlichen Abgaben* sind für 1960 mit 3 1 9 Mrd. S präliminiert. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Kammern und Fonds sollen dem Bund netto 2 1 4 Mrd. S verbleiben, um 3 2 Mrd. S oder 17% mehr als nach dem Voranschlag 1959, der von den tatsächlichen Steuererträgen nur knapp überschritten werden dürfte.

#### Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundsvoranschlag 1959	1960 Mill. S	Differenz
Direkte Steuern insgesamt	11 905	12 142	+ 837
davon			
Einkommensteuer	2 700	2 900	+ 200
Lohnsteuer	2 350	2 500	+ 150
Körperschaftsteuer	2 300	2 300	0
Vermögenssteuer	500	700	+ 200
Gewerbesteuer	2 200	2 400	+ 200
Sonstige	1 855	1 942	+ 87
Indirekte Steuern insgesamt	15 683	19 195	+ 3 557
davon			
Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag	7 650	9 300	+ 1 650
Zölle	1 860	2 700	+ 840
Verbrauchssteuern	3 118	3 489	+ 371
Gebühren und Verkehrssteuern	3 010	3 706	+ 696
Öffentliche Abgaben insgesamt	27 543	31 937	+ 4 394
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	9 340	10 571	+ 1 231
Bundeseinnahmen aus öffentl. Abgaben	18 203	21 366	+ 3 163
Steuerähnliche Einnahmen <sup>2)</sup>	3 897	4 212	+ 315
Sonstige Einnahmen der Hoheitsver- waltung <sup>2)</sup>	4 902	5 137	+ 235
Hoheitsverwaltung insgesamt <sup>2)</sup>	27 002	30 715	+ 3 713
Betriebseinnahmen der Monopole und Betriebe	9 465	10 443	+ 978
Gesamteinnahmen	36 467	41 158	+ 4 691

<sup>1)</sup> Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Kinder- und Familien-Ausgleichsfonds, Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbeihilfengesetz — <sup>2)</sup> Einschl. ordentl. ERP-Gebarung sowie Zwischenzahlungen und Durchlaufposten

Mit Ausnahme der bisher meist überschätzten Körperschaftsteuer weisen alle *direkten Steuern* höhere Ansätze auf als im Vorjahr. An *indirekten Steuern* werden mit 19 2 Mrd. S um 3 6 Mrd. S mehr erwartet, als für 1959 geschätzt worden war.

Besonders optimistische Erwartungen werden in die Umsatzsteuer (9,3 Mrd. S = + 1,65 Mrd. S), Zölle (2,7 Mrd. S = + 0,84 Mrd. S) sowie in die Gebühren und Verkehrsteuern gesetzt (3,7 Mrd. S = + 0,7 Mrd. S). Die mit 9,3 Mrd. S angesetzten übrigen Einnahmen der Hoheitsverwaltung (1959: 8,8 Mrd. S) sind offenbar sehr vorsichtig geschätzt, da 1958 aus diesen Quellen bereits 9,0 Mrd. S eingingen. Die Einnahmen der Betriebe und Monopole sollen sich hauptsächlich dank Bahn- und Posttarifierhöhungen um 1,0 Mrd. S auf 10,4 Mrd. S erhöhen (+ 10%).

#### Ökonomische Interpretation des Bundesvoranschlages

Der Bundesvoranschlag 1960 steht grundsätzlich im Zeichen einer antizyklischen Konjunkturpolitik. Während man in den Jahren 1958 und 1959 bestrebt war, mit einer bewußt expansiven Budgetpolitik und beträchtlichen Budgetdefiziten eine rückläufige Gesamtnachfrage vor allem durch großzügige öffentliche Investitionsausgaben zu stützen, erfolgt angesichts des internationalen Konjunktur-

umschwunges von 1959 eine konsequente Umkehr der Budgetpolitik für 1960. Trotz Anpassungsschwierigkeiten konnte vorerst wenigstens ein echter Budgetausgleich hergestellt werden. Der optisch noch immer sichtbare Haushaltsabgang ist unecht, da er fast ausschließlich durch Schuldentilgung in der ordentlichen Gebarung verursacht wird.

Sollte es gelingen, den präliminierten Ausgabenrahmen im wesentlichen einzuhalten, dann dürfte die antizyklische Budgetkonzeption tatsächlich realisiert werden können, da die Einnamenschätzung, wie bereits oben festgestellt wurde, gut fundiert erscheint. Das würde bedeuten, daß das Budget 1960 im Gegensatz zu jenen von 1958 und 1959 keine expansive Wirkungen auf die Gesamtnachfrage ausüben wird. Vor allem im Vergleich zu der noch immer stark defizitären Gebarung von 1959, dessen veranschlagtes Defizit von 4 Mrd. S trotz Mehreinnahmen wohl kaum noch nennenswert gesenkt werden kann, wird die relative Restriktion des Budgets 1960 voraussichtlich einen beachtlichen stabilisierenden Faktor in der wieder expandierenden Gesamtwirtschaft darstellen.

## Leichte Belebung der Schweineproduktion

### Ferkelnachzucht übersaisonnmäßig gestiegen

Am 3. September wurden 2,79 Mill. Schweine gezählt, um 2% weniger als ein Jahr vorher<sup>1)</sup>. In Niederösterreich (-7%) und im Burgenland (-5%) war der Rückstand gegenüber dem Vorjahr noch ziemlich groß, in den südlichen und westlichen Bundesländern jedoch hielt man schon mehr Schweine.

Die Bestandsänderungen gegenüber dem Vorjahr und die Saisonentwicklung lassen erkennen, daß der Trend der Schweinehaltung wieder steigt. Im Juni war der Bestand noch um 3% und im März um 4% niedriger gewesen als im Vorjahr; bis Dezember wird er voraussichtlich um 2% bis 4% wachsen und den vom Dezember 1958 etwas übersteigen (von September bis Dezember vergrößert sich der Schweinebestand gewöhnlich um 2%). Im März und Juni hatte es noch um 5% und 0,3% weniger trächtige Sauen und um 7% und 0,1% weniger Ferkel gegeben als in den gleichen

Monaten 1958, im September dagegen waren es um 2% und 0,5% mehr. Die Zahl der Ferkel, die saisonüblich um 4% zunimmt, stieg heuer um 7%. Die Zahl der trächtigen Tiere ging nur um 7% statt um 17% zurück. Der saisonbereinigte Index der Sauenzulassungen stieg von 97 im Juni auf 108 im September (Dezember 1954 = 100).

### Bestand an trächtigen Sauen

	1958		März 1 000 Stück	1959	
	September	Dezember		Juni	September
Tatsächlicher Bestand . . .	129,4	137,9	150,8	142,6	132,3
Saisonbereinigte Werte <sup>2)</sup> . . .	146,2	142,0	139,8	133,9	149,4
Index (Dezember 1954 = 100)	106	103	101	97	103

<sup>2)</sup> Saisonindex Durchschnitt 1950/58

Die Zunahme der Sauenzulassungen überrascht jedoch nicht. Sie war auf Grund der festen Preise für Ferkel und Schlachtschweine und wegen der erhöhten Produktion an Getreide zu erwarten. Ferkel kosteten im III. Quartal um 16% und Schlachtschweine um 2% mehr als im Vorjahr. Auch der Ertragsindex der Schweinemast (Großhandelspreis

<sup>1)</sup> Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes; siehe auch Statistische Übersichten 3,8 und 3,9.